

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. April 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verjammlungs-, Vergnügungsinserte ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 43

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Professe gegen die „Mobilmachung“ der Zeitungsverleger-Organisation. — Warum? Weshalb? Weswegen? — Zur Wiederkehr der Sommerzeit.

Das Buchgewerbe im Zustande: Rußland.

Korrespondenzen: Berlin. — Berlin (M. G.). — Elberfeld. — Waldenburg.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Reklamationen von militärfähigen Buchdruckern usw. — Nachkommenswerte Beispiele zur Erleichterung des Durchhaltens. — Ähnliche Hilfe für Paris und Verbundbesitzer. — Die Unfehlbarkeit des Korrektors. — Ausstellung der Buchdruckerfachschule in Stuttgart. — Krankenkassenversicherung. — Auf Besch. erschienene Zeitung. — Jubiläum der Gabelsbergerischen Kurzschrift. — Nur über festig Jahre alle Arbeiter verlangt! — Milde Befragung eines Lebensmittelmärklers.

Bericht der Hauptverwaltung vom Monat Februar 1917.

Professe gegen die „Mobilmachung“ der Zeitungsverleger-Organisation

In den letzten Tagen vor Ostern erhielten wir verschiedene Anfragen, ob die von der Leitung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger verfaßte noch größere Entschließung der Druckereien von männlichen Arbeitskräften der Redaktion bekannt wäre. Die Randbemerkungen zu dieser „Mobilmachung“ fielen treffend aus. Es mußte also von der Glatzstadt, die dann der Osternummer eine kräftige Würze gab, schon manches in die Breite gedungen sein. Wir haben ja schon erklärt, was uns scheinbar spät zu diesem Vorgange Stellung nehmen ließ. Wer die vorausgehenden Artikel in Nr. 39 und 40 (VI und VII der jedenfalls in übernächster Nummer abschließenden „Kleine Auffälligkeiten“) genau gelesen hat, wird uns aber beipflichten, daß erst durch diesen Aufbau das Verständnis für die in Nr. 41 ausführlich behandelte Angelegenheit leichter gemacht wurde. Das Unbegreifliche wäre sonst wohl unbegreiflicher geblieben.

Nach Erscheinen des Artikels VIII ist die Überraschung und Enttäuschung allgemein. Die nachfolgende Vorlesung des Kollegen König ist der augenscheinlichste Beweis für die Aufnahme der „Osterbotschaft“ des „Korr.“ in der Gehilfenschaft. Wir haben einen Aufschluß dazu zu geben. Wenn wir es bei einer allgemeinen, aber scharfen Warnung an den Zeitungsverlegerverein bewenden lassen, so leiste uns dabei die Annahme, daß außer einiger Gefolgschaft am Niederrhein und in Westfalen oder bei einzelnen Gefolgslamen die Zeitungsverleger sich sonst wohl bedankt haben werden, nach dem falschen Rat ihrer Leitung zu handeln. Die andersgeartete Haltung des Deutschen Buchdruckervereins, die in Nr. 40 besprochene Eingabe der größten Berliner Zeitungsverlage und ähnliche Beobachtungen berechtigten uns zu dieser günstigen Auffassung über einen durchaus ungünstigen Vorgang.

Es sind uns nämlich auch Zusammenkünfte aus Zeitungsverlegerkreisen zugegangen. Die Vereinsleitung wird ob des geschichtlichen Vorgehens so derb verurteilt, daß man von Gehilfenstandpunkte nur Befriedigung über diese zweifellose Stellungnahme empfinden kann. Ein Zeitungsverleger stellt uns sogar frei, von seiner Empörung über seinen Hauptvorkand auch in „Korr.“ zu berichten. Wir wollen es nur ausgangsweise tun, denn was in dieser Zeitschrift gesagt wird über das „Verbrechen am Gewerbe“, wozu Eigenschaften gehören sollen, die wir lieber nicht wirklich wiedergeben wollen, geht über die Formen, womit von uns und im Gehilfenorgan überhaupt Schädigungen bekämpft werden. Zur Aufklärung über die in Zeitungsverlegerkreisen herrschende Stimmung entnehmen wir daher dem Schreiben nur folgende Stellen:

Jedes andre Gewerbe leht Himmel und Hölle in Bewegung, um Arbeitskräfte zu reklamieren, doch der Vorkand des Deutschen Zeitungsverlegervereins will die Kollegen veranlassen, die „entbehrlichen“ Gehilfen und Lehrlinge dem Militär zur Verfügung zu stellen! Wenn das kein haarsträubender Größenwahn ist, gegen den mit allen Mitteln Front zu machen ist, dann können wir uns allseitig lebendig begraben lassen. Jetzt, wo man vor Angst und Sorgen nicht weiß, woher man die Leute zur Fertigstellung der Zeitung nehmen soll; wo

man sich schon aus reiner Verzweiflung mit der völlig unzureichenden Frauenarbeit ganz notwendig durchhelfen muß; wo der Deutsche Buchdruckerverein, der großen Personalnotlage der Kollegen Rechnung tragend, alles in Bewegung leht, Personal frei zu bekommen — jetzt stellt der Vorkand des Deutschen Zeitungsverlegervereins prächtig Gehilfen und Lehrlinge der Militärbehörde zur Verfügung!

Das lassen wir uns nicht gefallen, dagegen werden wir, wenn wir gegen die dominierenden Herren auch nur kleine Provinzverleger sind, mit allen Mitteln Front machen, was es biegen oder brechen.

Geht unser Vorkand dann nicht mit uns, gut, dann finden sich wohl noch Wege, unfre Opposition auch ohne diesen in nachdrücklichster Weise zur Geltung zu bringen und diese das Gewerbe völlig ruinierende Handlungsweise einer Organisationsleistung der Gesamtheit der bedrängten Provinzverleger ins rechte Licht zu setzen.

Weiter wird noch die Frage aufgeworfen, ob „dies der Dank Fabers für die Ordensauszeichnung, die ihm zugeflogen ist“, sei.

Es heißt also vorsichtig und gerecht sein in der Anwendung von Abwehrmitteln, wie sie unser Kollege König empfiehlt, die nur da angebracht sein können, wo man in falsch angebrachter Disziplin der Weisung von der Organisationsleistung der Zeitungsverleger gefolgt ist.

Aus der einen Zeitschrift von Gehilfenseite erfahren wir, daß nach der Verammlung der Zeitungsverleger des betreffenden Kreises die Firma einer größeren Druckstadt sofort Gegerinnungsgelüste veröffentlichte. Es sind in jener Druckerei noch als arbeitsverwendungsfähig Gemusterter vorhanden, die man jedoch für eine kürzere Frist, als sie den andern Firmen am Plage von der Militärbehörde ausgekandt wurde, reklamiert hat; dann ist Schluss. Daß zwei dieser Kollegen nicht wohlgefallen sind, weil sie „eine Lippe riskieren“, wenn es notwendig ist, kann als Befähigung angesehen werden für uns in Nr. 41 ausgesprochene Vermutung, auf diese Weise mißliebige Elemente abzuschließen.

Das Vorgehen der Zeitungsverlegerorganisation ist bei allen billigen Denkenden gerichtet. Wenn von Fall zu Fall auf eine solche Handhabung entsprechend geantwortet wird, dann brauchen sich die Herren nicht zu wundern.

Warum? Weshalb? Weswegen?

Wir leben in einer Zeit der Entbehrungen und — Überraschungen! Dem aufmerksamen Beobachter unsrer gewerblichen Verhältnisse kann nicht entgangen sein, in welcher krampfhafter Weise manche Firmen ihre Betriebsfähigkeit noch aufrecht erhalten. Alle möglichen Kräfte werden dazu herangezogen. Gehilfen, denen bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen die Erledigung ihres Arbeitspensums gewiß schon manchmal recht schwer wird, leisten Überstunden über Überstunden; mitunter auch noch in andern Druckereien, die mit Arbeitskräften vollständig auf dem trocknen sitzen. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Unter dem Drucke der Zeitverhältnisse und nicht zuletzt auch aus nationalem Interesse findet sich die Gehilfenschaft mit manchen schwer ertragbaren Verhältnissen ab. Was ihr aber durch das Vorgehen des Deutschen Zeitungsverlegervereins geboten wird, stellt denn doch eine zu starke Belastungsprobe dar, um nicht auch die größte Langmut zu erschöpfen, und es erscheint dem Unterzeichner notwendig, den „Korr.“ in seiner Abwehr solcher unbilligen Umnahungen zu unterstützen.

Als der „Korr.“ am 15. März seine begrüßenswerte Artikelserie „Kleine Auffälligkeiten“ begann, hatte er gewiß noch keine Ahnung von dem Vorgehen des Deutschen Zeitungsverlegervereins, wie es in dessen Zirkular vom 26. Januar an seine Mitglieder zum Ausdruck kommt, denn unter das Rubrum „Kleine Auffälligkeiten“ gehört ein solches Vorgehen eigentlich nicht. Ich hätte schon einen besser passenden Ausdruck für dieses Vorgehen zur Hand — gesundheitshalber will ich mir denselben aber verweigern und mich bemühen, die parlamentarische Form zu wahren, wenn es mir auch angesichts eines solchen Eingriffs in die persönlichen Rechte und Angelegenheiten der Gehilfenschaft herzlich schwer fällt.

Mit Enttäuschung wird die deutsche Gehilfenschaft durch die Veröffentlichung des „Korr.“ in Nr. 41 vom 7. April Kenntnis von den Umtrieben des Deutschen Zeitungsverlegervereins genommen haben. Mit dankenswerter Deutlichkeit wird ja den Herrschaften der Star gestochen für ihren unberechtigten und störenden Eingriff in die so wieso nur noch geringe Betriebsfähigkeit unsres Gewerbes und die Einmischung in das persönliche Verfügungsrecht der heute in untern Betrieben noch tätigen Personen sowie in das Befehlsrecht der Militärbehörde. Als Tarifkreisvertreter ist mir ja auch die Abwehr bekannt, die das Tarifamt als einzige Instanz zur Vertretung der Allgemeinheit in den Gewerbe diesem Vorgehen des Deutschen Zeitungsverlegervereins angedeihen ließ.

In einer Zeit, wo „Zeitschrift“ und „Korr.“ und andre Fachblätter sowie die Organisationen und nicht zuletzt das Tarifamt sich abmühen, dem Gewerbe wegen des immer stärker in die Erscheinung tretenden Personalmangels Erleichterung und Hilfe zu bringen, muß das Vorgehen des Deutschen Zeitungsverlegervereins öffentlich die schärfste Zurückweisung erfahren. Die genannte Vereinigung wendet sich mit einem Zirkular an ihre Mitglieder, worin dieselben aufgefordert werden, der Seeresverwaltung alle kv. oder gv. gemusterter Gehilfen bzw. Lehrlinge zur Verfügung zu stellen. Der Verein hält es für seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß „auch die letzten, wenn auch nur schwer entbehrlichen dienstfähigen Arbeitskräfte freiwillig der Seeresverwaltung zur Verfügung zu stellen sind“, und daß „die Zahl der noch vorhandenen Kräfte nach Möglichkeit einzuschränken ist“. Zur gleichen Zeit laufen von den beiden Kreisen beim Tarifamt Anträge über Anträge ein, Frauen und Mädchen wie überhaupt berufsremde Kreise im Gewerbe beschäftigen und auch mehr Lehrlinge einstellen zu dürfen, als ihnen nach der tariflichen Lehrlingskontingente zusteht. Die Zeitungsverlegerorganisation rechtfertigt ihr Vorgehen mit der Parole: „Alles für das Vaterland!“ Nach meiner Auffassung verquilt man hier mit gutem Vorbedachte patriotische Grundzüge mit recht realen Beweggründen. Ich erblicke in dem Vorgehen des Deutschen Zeitungsverlegervereins einen durch nichts zu rechtfertigenden Eingriff in die persönlichen Rechte der Gehilfen und erachte eine öffentliche Erörterung des Vorgehens der Leitung des Zeitungsverlegervereins als dringende Notwendigkeit, um diesem auf irgendeine Weise ein Paroli bieten zu können.

Bezüglich der wahren Beweggründe für dieses Vorgehen braucht man wirklich nicht lange zu suchen. Die Interessen des Vaterlandes schiebt man in den Vordergrund, aber die Erreichung von bestimmten Absichten ist der Zweck der Übung. Gewalttätiger kann das Eindringen berufsremder Kreise in unser Gewerbe gar nicht gefördert werden! Auf der einen Seite die immer dringender werdenden Klagen wegen Fehlen der Arbeitskräfte, immer mehr zunehmende Anträge auf Ausnahmen aller Art, Überschreitung der Lehrlingskontingente im weitesten Sinn — und alles das mit von denselben Registrierten, die hier in gewalttätiger Weise, „nur um dem Vaterlande zu dienen“, die Betriebe noch mehr von gelehrten Kräften entblößen wollen, um dadurch vielfach das notwendige Relief für ihre Sonderabsichten zu erhalten. Es hält schwer, keine Satire zu schreiben.

Der „Korr.“ fordert, daß der Deutsche Zeitungsverlegerverein energisch in die Schranken verwiesen wird, und warnt zu wiederholten Malen, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Recht so! Meine Auffassung geht aber dahin, daß es bei Ankündigung der Warnung nicht bleiben soll, sondern daß aus dem anmahenden Vorgehen des Deutschen Zeitungsverlegervereins entsprechende Maßnahmen zu ziehen sind. Ich bezeichne es nur als einen Akt der Notwehr, wenn Gehilfen in solchen Zeitungsverlegerbetrieben die Leistung von Überarbeit verweigern, die den Weisungen des Deutschen Zeitungsverlegervereins nachkommen. In meiner Eigenschaft als Gauvorsitzer des Verbandes werde ich es vor jeder Instanz zu verantworten wissen, wenn ich stellungsfindenden Gehilfen mitteile, daß die angefragte Firma den Intentionen des Zirkulars vom 26. Januar nachkommen ist. Dann mag es der Gehilfe mit sich abmachen, ob er in solchem Betrieb in Stellung treten will. Ferner halte ich es für eine unbedingte Notwendigkeit, daß Anträge von solchen Firmen auf Bewilligung von Ausnahmen hinsichtlich der Beschäftigung von berufsremden Personen oder Überschreitung der Lehrlingskontingente seitens des Tarifamtes besonders kritisch geprüft werden. Wer sich Rechte anmaßt, die ihm nicht zustehen, wer selbst systematisch darauf hinwirkt, seinen Betrieb von gelehrten Kräften zu entblößen, dem dürfen nach meiner

Ausschluss irgendwelche Ausnahmen nicht zugelassen werden. Das hiesse ja sonst diese unqualifizierte Handlungsweise noch prämiieren.

Dem Deutschen Zeitungsverlegerverein muß ein für allemal die Lust zu solchen Übergriffen benommen werden, und mit vollem Rechte schreibt auch der „Korr.“ ihm ins Stammbuch:

Die Leitung der Zeitungsverlegerorganisation könnte allenfalls ihre eignen Mitglieder auffordern, von Reklamationen für sich abzusehen und sich freiwillig den Militärbehörden zur Verfügung zu stellen. Ob dazu eine gewisse Veranlassung gegeben wäre, weil jedenfalls das prozentuale Verhältnis der Einnahmen nicht so ungewöhnlich hoch ist wie bei den Buchdruckergesellschaften, wissen wir nicht; aber es kann als sicher angenommen werden, daß mit einem solchen Ansinnen der Vorwand der Zeitungsverleger bei seinen Standesgenossen schlecht ankommen würde. Sine demal man das als eine Überschiebung der Kompetenzen der Leitung bezeichnen dürfte. Und das gar nicht zu Unrecht.

Mit demselben Rechte, mit dem der Deutsche Zeitungsverlegerverein bzw. seine hierin gefolgten Mitglieder sich für berechtigt halten, solche Handlungen auszuüben, wäre ja auch jeder Gehilfe berechtigt, den Militärbehörden anzuzeigen, daß dieser oder jener Prinzipal oder Geschäftsleiter der Seeresverwaltung zur Verfügung stehe. Solche Maßnahmen müssen letzten Endes nur zu gegenseitigen Denunziationen führen. Es muß unter allen Umständen daran festgehalten werden, daß es lediglich Sache der Militärbehörden ist, Seerespflichtige zur Einstellung heranzuziehen.

Welche Beweggründe stecken denn hinter dem ganzen Vorgehen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger? Ein Narr, der da fragt!

Salle a. S.

Hugo König.

Das Buchgewerbe im Auslande

Rußland. In der überfließenden Erscheinungen flucht hat der Film Revolution und Presse besonderes Interesse. Am 9. März stellten die Petersburger Tageszeitungen ihren Betrieb ein. Am 10. März erschienen nur die amtlichen Blätter sowie zwei bis drei reaktionäre Zeitungen, aber auch diese mußten Tags darauf verfallen. Dafür begann das Komitee des Vereins der Journalisten die Herausgabe eines Nachrichtenblattes, wozu die Zustimmung des Rates der Arbeiter- und Soldatendelegierten eingeholt werden mußte und auch erhalten wurde. Die erste Nummer erblinnte das Licht der Welt am 12. März um 3 Uhr nachmittags. Das Nachrichtenblatt („Iswestija“) wurde gleichzeitig in den sieben größten Zeitungsverlagereien Petersburgs gedruckt, so groß war der Bedarf. Die Verteilung erfolgte ohne Entgelt. Auch der Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten begann sogleich nach seiner Konstituierung (am 12. März) ein Nachrichtenblatt (auch „Iswestija“) herauszugeben, das die allgemeine Umwälzung überdauern wird. Erst am 18. März sind die andern Blätter wieder erschienen. Es versteht sich, daß die Einführung der Pressefreiheit und die Befreiung der Zensur dazu geführt haben, daß eine Reihe neuer Zeitungen, insbesondere sozialistischer und Arbeiterblätter, neu entstanden sind.

Die Petersburger Buchdrucker besaßen zur Zeit des Ausbruchs der Revolution keine gewerkschaftliche Organisation, weil diese nach wenigen Wochen ihres Bestehens einige Monate vor der Revolution verboten wurde. Aber in den stürmischen Tagen vom 10. bis zum 15. März, in denen sich gewaltige, welthistorische Ereignisse überzogen, entstand, wie aus der Erde gekampt, das Petrograder Zentralkomitee der Buchdrucker. Sofort wurden Wahlen in den Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten in die Wege geleitet, die in Bezirksversammlungen aller Berufsgruppen vorgenommen wurden. Interessant ist folgende Kundgebung des Zentralkomitees, die in wörtlicher Überlieferung lautet: „Das Petrograder Zentralkomitee der Buchdrucker, indem es sich die Resolution des Rates der Arbeiter- und Soldatendelegierten betreffend das unverzügliche Wiedereintreten der Tagespresse zu eigen macht, beschließt, die Kameraden, welche Zeitungsarbeiter sind, zur Arbeit und zur Ausgabe derjenigen Zeitungen aufzufordern, welche sich der revolutionären Bewegung nicht entgegenstellen. Hierbei werden zur unbedingten Pflicht gemacht der Achtstundentag und die Sonntagsruhe.“ Zu diesen Fragen hat dann auch eine Versammlung der Zeitungsleiter Stellung genommen und dementsprechende Maßnahmen beschloffen.

Am 19. März, dem ersten Sonntag nach der Beschlusfassung, ist auch keine einzige Zeitung erschienen, auch das „Nowoje Wremja“ nicht. Mühsig glückte die Einführung der Sonntagsruhe. Bekanntlich gelang es den Petersburger Arbeitern in den Jahren 1905/06 nicht, das Montagsverbot des „Nowoje Wremja“ zu verhindern. Trotz des größten Druckes fand dieses grobe Unternehmen Kräfte genug zur Aufrechterhaltung des Betriebes, die der allgemeinen Bewegung noch fernblieben. Dieses Mal ist es anders geworden.

Zur Wiederkehr der Sommerzeit

Angstliche Gemüter werden beim Lesen der Überschrift glauben, ich wolle den Streit über Gut- oder Nichtgut der Sommerzeit wieder heraufzaubern. Das ist nicht der Fall. Wie ich zur Einführung der Sommerzeit stehe, ist schließlich ganz gleichgültig. Wenn man in diesem Jahre

dazu übergeht, schon am 15. April die Uhren zurückzustellen, und zwar diesmal in den frühen Morgenstunden, so wird man wohl die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme überlegt haben. Ich habe mich nur einmal über die Sommerzeit geärgert, und das war im vorigen Jahre bei ihrer Einführung in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai, weil ich bis 12 Uhr Urlaub hatte, tatsächlich aber um 11 Uhr im Quartier sein mußte. Sonst sah ich die Sommerzeit stets von einer andern Seite an.

Sie ist meines Erachtens nach nichts weiter als ein durch Gesetz vorgeschriebener Selbstbetrug, der eben im Zurückstellen der Uhr besteht. Wenn alle Menschen in Deutschland einseitig genug wären, alle ihre Handlungen von selbst eine Stunde früher vorzunehmen, ohne gesetzlichen Zwang, dann wäre der Begriff Sommerzeit nie entstanden. Es geht aber ohne Zwang nicht. Der überzeugendste Hinweis auf die Vorteile, auf die Kohlenersparnis durch verminderten Lichtverbrauch, reicht nicht hin, die Menschen von selbst zu solcher Maßnahme zu veranlassen. Man stelle sich aber einmal vor, welchen Aufruhr der Gemüter es gegeben hätte, wenn von Gesetz wegen verlangt worden wäre: Ihr müßt eine Stunde früher aufstehen und eine Stunde eher an der Arbeit anfangen. Alle Geschäftsleute hätten rundweg erklart, das sei unmöglich. Man wählte also einen sehr guten Weg, als man zur Vergeßung der Uhren schritt. Sie konnten nicht Einspruch erheben; sie mußten sich's gefallen lassen, in ihrem allgewohnten Lauf eine Stunde zurückgedreht zu werden.

Und da zeigte sich das Merkwürdigste: Die Menschen richteten sich nach den eigentlich fallgehenden Uhren, auch selbst da, wo sie es nicht einmal nötig hatten. Es war und ist eben alles nur Gewöhnung. Wir passen uns selbst dem Unbequemem an, wenn es lange genug anhält, um eine Gewöhnung hervorzurufen.

Ob die Sommerzeit vollauf den Erwartungen entspricht und entsprochen hat, die man daran setzte, kann uns letzten Endes ebenfalls gleichgültig lassen; einige Vorteile für die Volkswirtschaft hat sie immerhin hinterlassen. Wenn sie uns hilft, den Krieg durchzuführen, und damit zu einem gangbaren baldigen Friedensschlusse zu kommen, dann soll sie uns willkommen sein.

Berlin.

Artus.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Generalversammlung am 29. März 1917.) In der gutbesuchten Versammlung waren außer den Delegierten auch die Vertrauensleute und die Druckereikassierer erschienen. Einleitend wies Kollege Massini in seinem Jahresberichte darauf hin, daß sich auch im letzten Vierteljahre die Verhältnisse nicht gebessert, sondern noch weiter verschlechtert hätten. Für die Arbeiterschaft würden die Dinge fortgesetzt schlimmer. Die Lebensmittelförderung werde immer schwieriger. Auch das energische Eingreifen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Generalkommission habe uns nichts mehr als schöne Versprechungen eingebracht. Wir führen jetzt buchstäblich einen Kampf um das tägliche Brot. Unser Mitgliederbestand betrug am 25. März 5734 Kollegen. Zum Seeresdienste waren einberufen 9690 Mitglieder, von denen 4970 verheiratet sind. Aus dem Seeresdienste wieder entlassen sind 1790 Mitglieder. Von den Kriegsteilnehmern sind 745 gefallen, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Für die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer wurden bisher 517550 Mk. ausgegeben. Bei der jetzigen schlechten Ernährung werde noch viel Überarbeit und Sonntagsarbeit verlangt. Ein Teil der Kollegen hat durch Stellenwechsel eine Aufbesserung des Lohnes erreicht. Die Arbeitsverhältnisse in Berlin zeigen verschiedene Grade. In den mittleren und kleineren Druckereien werden zum Teil befriedigende Löhne gezahlt. Am schlechtesten seien die Verhältnisse in den drei größten Zeitungsunternehmen. Dort werden noch Löhne von 38 und 39 Mk. an Seher und 45—47 Mk. für Schichtwechsel an Rotationsdrucker gezahlt. In den drei größten Werk- und Lithodruckereien sei die Bezahlung ebenso ungenügend. Durch kolossale Über- und Sonntagsarbeit erzielen allerdings die Kollegen ein höheres Einkommen. Es handelt sich in solchen Fällen meist um jahrzehntelange tätige Kollegen, von denen die Firmen wohl voraussehen, daß sie ihr Bündel nicht mehr schnüren wollen, und anderweit ihr Heil zu versuchen. (Diese falsche Annahme könnte sehr wohl widerlegt werden, indem die Befreßenden — es scheint sich durch das Wort „noch“ vor „Löhne“ doch nur um Ausnahmen zu handeln — einfach in einer andern Druckerei am Orte Konditionen annehmen. Bei der großen Gehilfennot und mit Hilfe des Abheftauschusses bietet das gar keine Schwierigkeiten, wie es sich anderswo deutlich gezeigt hat, Red.) Die Großbetriebe streben danach, sich einen immer größeren Einfluß auf das Gewerbe zu verschaffen. Weiter müßte dahin getrebt werden, daß die Feuerungszulagen zum Lohne gerechnet würden. Jetzt werden Überstunden und Sonntagsarbeit nach dem niedrigen Wochenlohn berechnet, was eine Schädigung für die Kollegenschaft bedeutet. Die Reichsdruckerei sei da mit gutem Beispiele vorgegangen, indem sie vom 1. April ab die wöchentliche Feuerungszulage von 10,80 Mk. zum Lohne rechnet. Hoffentlich folgen die Privatdruckereien bald. Die Einstellung von Ausbilstkräften sei 61 Firmen vom Tarifamt genehmigt worden, und zwar für 210 weibliche Personen im Handbabe, 62 im Maschinenbabe, 97 für Druckmaschinen und 4 für Stereotypie. Außerdem wäre die Einstellung von 25 Lehrlingen über die Skala genehmigt worden. Von den genehmigten weiblichen Personen sei aber wohl kaum die Hälfte beschäftigt, da ein Teil bald wieder davon-

laufe, weil die Tätigkeit ihnen zu schmutzig und ungesund erscheint. Außerordentliche Mühe geben sich die Prinzipale mit der Ausbildung der weiblichen Erbschaftskräfte. Sie haben Fachschulen eingerichtet mit Abendkursen für Druckerinnen und Maschinenmeisterinnen, für Seherinnen und Maschinenfehrinnen sowie Tageskurse für Seherinnen und Druckerinnen. Zu grobem Anlauf artete wieder die Lehrlingswerbung der Berliner Prinzipalität in den Tageszeitleitungen aus. Die im Anzeigerbillet verfaßten Notizen strotzen mit Anpreisungen über die Lage und die Zukunftsmöglichkeiten eines Buchdruckers. Der Gauvorstand habe sich wegen dieser den Tatsachen und der Wahrheit nicht entsprechenden Behauptungen beschwerdeführend an das Tarifamt gewandt und wird — sollte diese Art von Lehrlingsagitation nicht unterbleiben — mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für eine sachgemäße Aufklärung der Öffentlichkeit über die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe Sorge tragen. Zum Schluß berichtigte Kollege Massini noch kurz über die Feuerungszulagenbewegung der Schriftgießer. Er teilte ferner mit, daß den Sozialisten im letzten Quartal eine Ergänzungsleistung von 5 Mk. gewährt worden sei, was die Gaukasse mit 1395 Mk. belastet habe. Die nun einsetzende Diskussion gestaltete sich äußerst sachlich und umfangreich. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die vorjährige Tarifverlängerung für die Gehilfenchaft fast nichts gebracht habe. Auch die ein halbes Jahr später vorgenommene Erhöhung der Feuerungszulagen habe nicht befriedigt. Hier in Berlin gehöre der Buchdrucker — ganz abgesehen von den in der Kriegsindustrie Beschäftigten — mit zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern. Mit diesen Verhältnissen könne die Gehilfenchaft nicht länger einverstanden sein. Vom Verbandsvorstande müsse umgehend die Einberufung einer Generalversammlung verlangt werden. Das Gewerbe stehe durch den Einzug der weiblichen Arbeitskräfte vor Umwälzungen, da müßte Klarheit geschaffen werden. (Klarheit bei noch ungeklärten Verhältnissen zu schaffen, ist auch einer Generalversammlung nicht möglich; es sprechen weitere recht gewichtige Gründe gegen die Abhaltung einer solchen, zumal nur ein Viertel der Mitglieder oder noch weniger zur Zeit ihres Stattfindens den Bestand des Verbandes ausmachen wird. Wir kommen noch auf diese Frage näher zurück und wollen hier nur bemerken, daß, wie aus den Zirkularen der Verbandsleitung ersichtlich ist, bereits verschiedene Wege erwogen sind, die Verhältnisse mehr zu klären und zu verbessern. Red.) Große Mühe wenden die Prinzipale für die Ausbildung der weiblichen Arbeitskräfte auf. Da werden besondere Faktoren und Anführergelone zum Drillen eingestellt, Prämien gezahlt usw. Die gleiche Bezahlung sei nur eine Scheinbare. Mit den Feuerungszulagen könne es auch nicht so weitgehen. Die Feuerungszulagen in der jetzigen Gestalt müßten aufhören und die Grundpositionen erhöht werden. Die hohen Papier- und Materialpreise würden doch von den Prinzipalen bezahlt, da müßte auch für die Gehilfen etwas übrigbleiben; die Drucksachenpreise seien doch nochmals erhöht worden. Auch die Buchdruckergehilfen hätten Anspruch auf einen Lohn, der ihnen unter den jetzigen Verhältnissen ein menschenwürdiges Dasein gestatte. Zwei aus der Versammlung hierzu eingereichte Anträge wurden verbunden und in folgender Form einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer hält es im Hinblick auf die immer schwieriger werdende tarifliche und gewerbliche Lage für unbedingt notwendig, daß im Laufe dieses Jahres eine Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker stattfindet. Die fortschreitende und vermehrte Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften und die zahlreichen tariflichen Ausnahmen in bezug auf die Arbeitsweise wie auch auf Einstellung von Lehrlingen bringen mit jeder Woche eine größere Verschlechterung der Position der Gehilfen, daher halten die Versammelten eine grundlegende Aussprache der berufenen Vertreter des Verbandes für eine Lebensfrage der deutschen Gehilfenchaft. Der Vorstand des Berliner Gauvereins wird beauftragt, ungenügend beim Verbandsvorstande die nötigen Schritte zur Einberufung einer Generalversammlung einzuleiten. Unabhängig von vorstehender Forderung verlangt die Berliner Gehilfenchaft vom Zentralvorstande die sofortige Einberufung von Verhandlungen mit der Prinzipalität, die zum mindestens für die Berliner Kollegen eine solche Erhöhung der Löhne zum Ziele haben, daß sie bei den jetzt in Berlin bestehenden unerhörten Lebensmittelpreisen in der Lage sind, ihre Existenz und ihre Leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten.“ Infolge der vorgelegten Zeit referierte Kollege Massini nur in gedrängter Kürze über die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstauschusses für das graphische Gewerbe und über erfolglose Bestrebungen der Berliner Prinzipalität, auch hier für sich etwas Besonderes herauszuholen. Für die Buchdrucker empfahl der Redner, nach wie vor die tariflichen Instanzen als Einigungsamt in Anspruch zu nehmen. Dem Maschinenmeistervereine wurden für seine Fachschule 300 Mk., den Schriftgießern als Beitrag zu den Ankosten ihrer Feuerungszulagenbewegung 200 Mk. bewilligt. Die Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer wurde für ein weiteres Quartal bewilligt. Nach kurzer Erledigung einiger Fragen lokalen Interesses fand die von erfreulicher Entschlossenheit beherrschte Versammlung ihr Ende.

R. St. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfehrverein — Aprilversammlung.) Die ausnahmsweise leider nicht sehr gut besuchte Quartalsversammlung ehrte das Andenken von vier verstorbenen Kollegen und nahm die üblichen Grüße unserer Feldgenossen mit Dank entgegen. Nach Bekanntgabe des Vierteljahresberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Jahresberichte der Zentralkommission kamen zur Verteilung. Zu dem ersten Punkte der Tagesordnung („Vereinsmitteilungen“) brachte Kollege Braun wieder eine reiche Fülle recht

interessanten Materials zur Kenntnis der Kollegen. Gerade zur Zeit sind unter diesen Mitteilungen nicht nur interessante, sondern auch wichtige und von den Kollegen gar nicht hoch genug zu bewertende enthalten. Weitere Ratsschlüsse für das Hilfsdienstgesetz und v. r. allen Dingen die unsre vitalen Interessen berührende Mädchenfrage wurden vom Vorsitzenden eingehend besprochen und in einer beachtenswerten Diskussion ergänzt. Selbst aus dem Auslande wurden erfreuliche, aber auch sehr unerfreuliche Verhältnisse durch den Vorsitzenden bekanntgegeben. Das beachtlichste freiwillige Arbeitsleistung der kriegsbrauchbaren Geschäften an die Seeresverwaltung durch den Zeitungsverlegerverein löste den behafteten Profekt der Verarmung aus, da man die Gründe hierfür in einer bestimmten Richtung suchen kann. Neuaufnahmen 3. Der Kursstand des Technischen war diesmal leider schwach. — Nächste Versammlung: 6. Mai.

17. Oberfeld. Die am 25. März abgehaltene Bezirksversammlung war von etwa 100 Kollegen besucht. Zum Punkte „Vereinsmitteilungen“ teilte der Vorsitzende mit, daß unsre Geschäftsverteilung auf dem Standpunkte stehen, daß es sich bei den Einstellungen von weiblichen Arbeitskräften nicht um Lehrlinge handelt, die dauernd im Beruf eine Existenz finden, sondern um einen Notbehelf, der aus dem Gewerbe entfällt, sobald die notwendigen männlichen Arbeitskräfte wieder vorhanden sind. Von Seiten der Kollegen wurde Beschwerde geführt, daß einzelne Firmen am Orte beim Tarifmake die Erlaubnis zur Ausbildung von weiblichen Personen im Maschinen- bzw. Sandbläs eingestrichelt haben, obwohl nachweislich ein Bedürfnis hierfür nicht vorliegt. Der Vorsitzende teilte hierzu noch mit, daß bei der Firma Friederichs und im „Generalanzeiger“ weibliche Personen angelehrt werden; zwei vom Militär entlassene arbeitslose Maschinenführer, welche sich um die Stellen bewarben, wurden von den beiden Firmen abgewiesen. Eine lebhaft Diskussion folgte ein über die Teuerung. Die Löhne am hiesigen Plage seien viel zu gering, um auch nur die wenigen Lebensmittel, welche bei der Rationierung von der Stadt freigegeben würden, einzukaufen. Es wurde erwähnt, daß die Buchdrucker, die doch immer als die Pioniere der Arbeiter gegolten hätten, heute zu den schlecht-bezahlten Arbeitern zu rechnen seien. Die Kollegen müßten jetzt endlich einmal Front machen, um eine die weitere Existenz ermöglichende Bezahlung zu erreichen. Dann gab Vorsitzender Marschall einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr. Dem unheilvollen Völkerringen sind in unserm Bezirke 38 liebe Kollegen zum Opfer gefallen. Ferner entriß der Tod uns die Kollegen Ed. Greiff, Otto Scharfenort und Gustav Källin. Auf eine 25jährige Verbandmitgliedschaft könnte letzterer in diesem Jahre zurückblicken; leider ist es ihm nun nicht vergönnt, sein Substitut zu lernen. Der Vorsitzende gedachte denn auch in herzlichen Worten dieses Kollegen. Unermüßlich war er für den Gesangverein „Gutenberg“ und die Arbeiterlängersache tätig. Auch für die Verbandsache war er ein sehr rühriges Mitglied. Sein lebenswürdiges Wesen und sein fester Charakter werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Zum Punkte „Kassenbericht“ wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Hierauf sprach unser Gauvorsteher Abbrecht (Köln) über das Thema: „Soziale und wirtschaftliche Aufgaben in Gegenwart und Zukunft“. Reicher Beifall belohnte den Redner für seinen ausgezeichneten Vortrag. Zum Schluß der Versammlung gab Kollege Karp noch einige Aufklärungen über das hiesige Schlichtungsamt in Sachen des Abkehrschines. — In der Ortsvereinsversammlung gab der Vorsitzende unter „Vereinsmitteilungen“ zur Kenntnis, daß am hiesigen Plage die Firma Lucas eine wöchentliche Teuerungszulage bis zu 2,50 Mk. neben der monatlichen Zulage ihrem Personal bewilligte. Die Firma Schulze & Wehrmann bewilligte eine wöchentliche Gesamtzulage von 9 Mk., was den andern Firmen zum Vorbilde gereichen möge. In den Verband aufgenommen wurden drei Kollegen. Den Kriegsfrauen wurden 5 Mk. bewilligt und den unverheirateten Kollegen im Feld ein Paket im Werte von 2,50 Mk. In die Lazarettkommission wurden die Kollegen Walter Drenhaus und Ed. Klein gewählt.

Waldenburg i. Schl. (Vierteljahrsbericht). Am 28. Januar fand unsre Generalversammlung statt, die gut besucht war. Die Vorstandswahlen erledigten sich glatt, indem der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Der Ortsvereinsbeitrag wurde bis auf weiteres um 10 Pf. pro Woche und Mitglied erhöht. Den Jahresbericht erstattete Kollege Kädel. — In der mäßig besuchten Februarversammlung berichtete Kollege Laß über die letzte Kartellstellung. — In der am 31. März abgehaltenen Versammlung hielt Gauvorsteher Fiedler (Breslau) einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die allgemeine Lage im Buchdruckergewerbe und über das Hilfsdienstgesetz. Aufgenommen wurden vier Ausgelernte. Kollege Stegmann erstattete Bericht über die letzte Sitzung des Kriegsausschusses für Konsuminteressen. — Vom 1. April ab übernahm wieder der vom Militär zurückgekehrte Kollege Köchel die Geschäfte des Bezirkes und des Vorstandes. — Am 23. April begeht der frühere langjährige Bezirksvater Anders sein 50jähriges Berufsjubiläum. Wir wünschen dem Jubilar noch einen recht langen, ungetrübten Lebensabend!

Willi Schumann (Berlin), Max Robert Müller (Chemnitz), Karl Degoutrie (Danzig), Theodor Dünner (Erfingen), Anton Känders (Geldern), Emil Göler (Genthin), Wilhelm Kappel (Gevelsberg), Wilhelm Dreper und Karl Rothbart (Hamburg), Gereon Schöppgens (Krefeld), Fritz Kluge, Emil Vörben, Walter Vogt und Karl Weile (Leipzig), Karl Güthling (Münster), Otto Winkler (Neuruppin), L. Brack (Neuwied), Otto Paul + (Ohrdruf), Heinrich Müller (Schweinfurt), Paul Peters (Wiesbaden) sowie Ernst Künze (Wittenberge). Damit haben bis jetzt 3221 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten. — Die in Nr. 38 unter dieser Rubrik veröffentlichten Kollegen Garff, Sage und Wehstedt gehörten vor ihrem Austrücken ins Feld nicht dem Braunschweiger, sondern dem Blankenburger Ortsverein an.

Reklamationen von militärpflichtigen Buchdruckern usw. Die „Zeitschrift“ vom 4. April enthält an zweiter Stelle in Leitartikelschrift einen längeren Hinweis über die rechtzeitige Einreichung von Reklamationen, weil nach Empfang des Stellungsbeschlusses im allgemeinen eine Zurückstellung nicht mehr genehmigt werden soll. Es muß also, wo Unentbehrlichkeit in Betracht kommt, schon in Erwartung der Kriegsbeorderung reklamiert werden. Erkundigung bei dem zuständigen Bezirkskommando über den möglichen Einberufungstermin, besser aber noch Einleitung einer Belegschleife an das Bezirkskommando kommen in Empfehlung. Von der Militärbehörde wird darauf eine blaue und eine rote Liste zurückgegeben. Die auf der roten verzeichneten Seerespflichtigen haben jederzeit mit der Einberufung zu rechnen, während die blaue Liste die Zahl der Berücksichtigungen und den Zeitpunkt der Zurückstellung angibt. Diese Methode richtigen Reklamierens bezieht sich auf Kriegs-, Garnisondienst- oder Arbeitsverwendungsfähige. Die „Zeitschrift“ bringt das selbstverständlich nach einer militärbehördlich aufgestellten Norm. Sinn und Zweck dieser Verfasslichkeit im Prinzipalsorgan laufen jedoch diametral zu dem, was bei der Leitung der Zeitungsverlegerorganisation hierin Standpunkt ist. Diese Stellungsliste bereitet nach dem in vorheriger Nummer an die letztere Adresse gerichteten Deutlichkeiten Genehmigung.

Nachahmenswerte Beispiele zur Erleichterung des Durchhaltens. Die Firma Bernhard Meyer („Nach Feierabend“) in Leipzig nahm den Einzug in den höchst modern eingerichteten Geschäftsbau an Anlasse, den männlichen Beschäftigten extra 40 Mk., den weiblichen 30 Mk. im Durchschnitt auszahlen zu lassen. Bei der Teuerungszulagenenerhöhung im Oktober wurde die bis dahin rund 10 Proz. betragende Teuerungszulage um 75 Proz. erhöht.

Klimschs Kasse für Tarif- und Verbandsgegner. Mit einer Hartnäckigkeit, die richtiger Prüfung des Inzerateninhaltes auf Beachtung der bestehenden Zensurordnungen dienlicher wäre, läßt seit einem Vierteljahre der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“ in Frankfurt a. M. immer wieder die „Vorbecker Zeitung“ ein paar Geschillen in seinen Spalten jucken und dabei als Nodmittel die Tarif- und Verbandsfreiheit dieses Kunsttempelchens anpreisen. Zuletzt in der Nummer vom 6. April. Nach den wiederholten Hinweisen auf die Unmöglichkeit dieser Anzeige und die mit ihrer Aufnahme bezogene Verletzung eines öffentlich gegebenen freiwilligen Versprechens kann von Fehlern der Inzeratenabteilung nicht mehr gesprochen werden. Dem Verlage Klimsch & Co. müßten die paar Groschen der Firma R. Siebeck in Vorbecker mehr am Herzen liegen als die Achtung und das Interesse der Gehilfenschaft gegenüber seinem „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“.

Die Unfehlbarkeit des Korrektors. Wie die Anzeige einer Freiburger Firma im „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ (Nr. 14/15) beweist, macht die Gepflogenheit mancher Geschäftsleitungen, vom Korrektor unbedingt fehlerfreie Arbeit zu verlangen, bereits Schule. In diesem Stellenangebote wird die Unfehlbarkeit des Korrektors geradezu zur Anstellungsbedingung gemacht, denn der Gesuchte kann nur einer sein, „der schnell und sicher einwandfreie Korrektor ist“. Was kann unter „einwandfrei“ alles verstanden werden? Ein einziger stehengebliebener Fehler, und selbst ein unbedeutender, gibt der Korrektor schon die Signatur „nicht einwandfrei“ und kann darum für den betreffenden Korrektor zu den bedauerlichsten Folgen führen. Denn daß eine Geschäftsleitung, die solche mehr oder weniger unerfüllbaren Anforderungen stellt, sehr geneigt ist, Rücksichtsvoll zu sein, ist kaum vorauszusetzen. Es ist daher vor Antritt einer solchen Stelle wohl zu überlegen, ob man über die Art der wirklich gestellten Anforderungen klar ist bzw. welche Gegenmaßnahmen man vorzubereiten zu fassen hat, um nicht unter Umständen schweren Schaden zu erleiden. Eine solche Klausel gleich als Anstellungsbedingung ist außerordentlich bedenklich für den Korrektor.

Ausstellung der Buchdruckerschule in Stuttgart. Die im Buchgewerbe des Siegle-Hauses veranstaltete diesjährige Ausstellung von Schülerarbeiten machte einen günstigen Gesamteindruck. Die aus allen beruflichen Disziplinen vorgelegten Arbeiten stellten der ja anerkannten Leistungsfähigkeit der Stuttgarter Buchdruckerschule wieder ein gutes Zeugnis aus. Das ist im dritten Kriegsjahre recht erfreulich, beweist aber auch die Notwendigkeit, den Fachschulunterricht nicht zu unterbrechen oder gar einstellen ganz aufzuheben, wie es in andern Druckstädten schon verlangt worden ist.

Frankenhausenverschmelzung. Die besondere Ortskrankenkasse der Buchdrucker und Schriftsetzer zu Breslau beschloß in ihrer Ausschußsitzung die Verschmelzung mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Sie ist damit dem

Beispiel einer großen Anzahl Kassen, besonders der größeren, gefolgt, die vor kurzem die Verschmelzung mit der gegenwärtig größten Kasse am Orte beschloßen hatten. Beiträge und Leistungen bleiben im allgemeinen die gleichen. Die Mitglieder der Buchdruckerkasse erhalten dadurch Familienbehandlung und das Recht der Benutzung zweier Genußheime sowie eines Luft- und Sonnenbades. Der Übertritt der seit 1884 bestehenden Ortskrankenkasse der Buchdrucker erfolgte am 1. Januar 1918.

Auf Befehl erschienene Zeitung. Aus der Zeit der napoleonischen Kriege daert die Erinnerung an eine besohlene Zeitung. Die bekannte Leipziger Verlagsbuchhandlung F. W. Brodhaus befand sich damals noch in Allenburg. Ihr Besitzer gab dort, kurz vor der Schlacht bei Leipzig, die „Deutschen Blätter“ heraus, die bis zur Zeit der berichtigten Karlsbader Beschlüsse bestanden. Die Konzeption, die der österreichische General Stadion, dessen Hauptquartier sich in Allenburg befand, dem Verlag erstellte, lautete: „Dem F. W. Brodhaus wird hiermit befohlen, ein Blatt herauszugeben. Stadion.“ Punktum! Wie sich doch die Zeiten wandeln. Heute wird höchstens noch die sofortige Einstellung des Erscheinens einer Zeitung befohlen.

Substitut des Gabelsbergerischen Kurschrift. Franz Xaver Gabelsberger in München, der Begründer der Stenographie in Deutschland und Erfinder eines neuen Systems, unternahm im Jahre 1817 die ersten Versuche mit seiner Kurschrift. Bei der Wahl und Aufstellung seiner Zeichen achtete Gabelsberger sorgfältig auf 1. die Art und Weise der Lauthevorbringung durch die Sprachwerkzeuge, 2. das Verhältnis der Laute untereinander nach ihrem häufigeren oder selteneren Vorkommen im sprachlichen Ausdruck und nach ihrer gegenseitigen Verbindung zu zusammengehörigen Tönen, 3. den Mechanismus des Schreibgeschäftes selbst. Sein Werk stützte sich demnach auf Grundzüge, die ihre Begründung im menschlichen Denk- und Sprachvermögen und in den bewährtesten Erfahrungsstufen der Graphik haben. Bereits im Jahre 1819 legte Gabelsberger gelegentlich der Tagung des bayerischen Landtags tüchtige Proben als Stenograph ab. Durch Vereinfachungen und Vervollkommnungen wurde die Gabelsbergerische Kurschrift weiter ausgebildet, und noch heute nimmt sie nicht nur in Deutschland eine vorherrschende Stellung ein, sondern hat auch in die Sprachen anderer Völker Eingang gefunden.

Nur über sechzig Jahre alte Arbeiter verlangt! Man muß es schon sagen, die Kriegsnot zwingt mehr und mehr, Allgewohntem zu entsagen und neue Wege zu wandeln. Wenn das Alle vom Abel war, das Neue aber gut ist, dann orientiert man sich gern mit. Es wird nicht jede Neuorientierung laut als Verbesserung zu preisen sein. Die Papierausstattungsabrik Hannovera in Hannover hat mit ihrer Art von Neuorientierung in Unternehmungskreisen jedenfalls nicht großen Anklang gefunden. Wenn diese Firma noch einige über 60 Jahre alte Buchbinder, die also nicht mehr hilfsdienlich sind, zur Einstellung suchte, so sprach dafür gewiß mehr geschäftliche denn menschliche Gründe mit; man kann sogar von Gerissenheit reden. Aber die durch den Krieg ja so gut wie abgetane Brutalität, Arbeiter von mehr als 40 Jahren nicht mehr in Beschäftigung zu nehmen, hat nun eine Ablösung gefunden, die weitgehender gar nicht zu denken ist. Jetzt verlangt man sogar nach sechzigjährigen und älteren Arbeitern! Das mögen auch die von unsern Kollegen als einen Wink betrachten, die jaghaft an ihrer Konfession kleben, obwohl über schlechte Bezahlung gemurmelt und geschimpft wird. Das Alter spielt jetzt gar keine Rolle — kann es später, wenn die Anforderungen an den einzelnen Arbeiter nicht mehr so grobe sein werden wie jetzt bei stark ausgeforderten Männerarbeit, wieder von der Bedeutung wie früher werden? Wir fragen nein.

Milde Befragung eines Lebensmittelmärders. Der Kaufmann Klümper aus Schillorf (Hannover) hatte seit 1915 etwa 11000 Schinken auf Lager, die zum größten Teil verdorben waren. Es beförderte sie ins Kohlenrevier, vornehmlich nach Bochum, und ließ sie dort durch einen Gerichtsvolkshüter verfeuern. Die Leute kamen zu dem billigen Preise von 11 bis 19 Mk. an einen Schinken und glaubten ein gutes Geschäft gemacht zu haben, erlebten aber eine große Enttäuschung, da sie beim Anschneiden feststellten mußten, daß die Schinken total verdorben waren. Wie der Vorsteher des Nahrungsmittelamtes vor dem Schöffengerichte begutachtete, waren die Schinken vielfach von ekelregender Beschaffenheit. Das stark faulriechende Fleisch war grau, ölig milde und durch und durch von Würmern durchsetzt und in hohem Maße gelundheitschädlich. Das Gericht fand Klümper des wilklichen Verkaufes eines verdorbenen Nahrungsmittels für schuldig und erkannte auf eine Geldstrafe von 1500 Mk. In der Zeit des allgemeinen Mangels an Lebensmitteln muß eine derartig milde Beurteilung eines Lebensmittelmärders geradezu unverständlich anmuten. Für sein unerhörtes Treiben hätte jener gewissenlose Kaufmann mindestens mit einer empfindlichen Gefängnisstrafe belegt werden müssen.

Briefkasten.

F. M. in B.: Besten Dank auch für diesjährigen Streckenrapport. — **A. A. aus S.:** Kriegsbedingungen haben wir von Anfang an abgesehen, schon, weil die zu erwartende Menge das Verbot. Diese Annahme hat sich als richtig erwiesen. — **P. M. in G.:** Der „Allgemeine Anzeiger“ hat sich als richtig erwiesen. — **W. M. in S.:** Die „Allgemeine Anzeiger“ hat sich als richtig erwiesen. — **Korr.:** nicht bringen, der „Korr.“ würde überflüssig werden. Die ganz wenig gemachten Ausnahmen waren in außergewöhnlichen Umständen begründet. — **A. S. 46:** Griech. — **D. S. 2:** Auch ein Wiedersehen! Die Marginalien lassen zudem nicht einmal solche Auffälligkeiten erkennen. — **W. M. in B.:** Ergänzung ebenfalls erhalten. — **G. S. in W.:** 2,15 Mk. — **F. 100:** 2,15 Mk. — **D. A. in S.:** 2,15 Mk.

Rundschau

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde lebenden Mitgliedern unsrer Organisation erhielten das Eisene Kreuz: Hermann Kamitz, Artur Matkhae und

